



Grundgesetz am Hindukusch

Der Islam, die USA und Afghanistans Verfassung

Afghanistans wechselvolle Geschichte birgt im 20. Jahrhundert einen bunten Erfahrungsschatz an Traditionalität und Modernität. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verfassungsgeschichte der Islamischen Republik, wie sie Gerlinde Gerber vorstellt. Sie erhellte die Inhalte von sechs Verfassungen ab 1923 und stellt dar, wie Politiker 80 Jahre später damit umgegangen sind, nachdem der Krieg einer Koalition unter Leitung der USA gegen das Regime der Taliban Ende November 2003 bei Verhandlungen auf dem Bonner Petersberg offiziell beendet worden war. Als Ergebnis wurde zu Jahresbeginn 2004 in Kabul das siebte, nun gültige Grundgesetz angenommen.

Präsenz der Geschichte

Ihren politischen, weniger juristischen Betrachtungen stellt Gerber zwei kontroverse Thesen voran. Zum einen habe der Gehalt der bisherigen afghanischen Verfassungen einen grösseren Einfluss auf das jüngste Grundgesetz als die Politiker gehabt. Die Autorin möchte hiermit das Gewicht des Historischen betonen. Doch wenn man bedenkt, dass es ja nur in den gegenwärtigen Machtverhältnissen zum Tragen kommt und dass sich eben diese in dem alt-neuen Text niederschlagen, mutet jene Ansicht fraglich an.

Zum andern verbindet Gerber mit Amerika wohl eine Wutliebe, die zuweilen aufscheint. Ihre zweite Hypothese lautet, dass die USA im Krieg gegen Terrorismus und im Wiederaufbau eine Strategie verfolgt hätten, die Kräfte mit konservativen und islamistischen Ansichten stärke. Dies zeige sich in der Verfassung in einer starken Rolle des Islam im Staat, die unter Umständen andere der verfassungsmässigen Werte und Rechte bedrohen könnte. An anderer Stelle sagt die Autorin, dass Pakistan nur islamistische Gruppen gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans gefördert habe. Nur sie erhielten militärische Hilfe aus den USA und islamischen Staaten. Den Afghanen sei dieser extreme Islamismus aufgedrängt worden. Der 1984 noch dominierende nationaldemokratische Widerstand sei danach letztlich in einen Jihad der konservativen Islamisten verkehrt worden.

Förderung des Islamismus

Zwar ist jener «Jihad made in USA» ein genauer zu erforschendes Problem, zumal Washington in Afghanistan mit dem Widerstand gegen die Sowjetunion den heiligen Krieg gegen einen Staat aus letztlich jüdisch-christlicher Tradition legitimiert hat. Jedoch darf dies allein als ein begünstigender, nicht aber verursachender Faktor gelten. Darüber gibt es eine Fülle an arabischen Studien, die Gerber übersehen hat. Überdies mag man *Amerikas Crux* bedenken: Was immer seine Regierungen versuchen oder unterlassen, das lädt allseits zum Sperrfeuer einer für Kritiker folgenlosen Kritik ein, die sich die Demokratie halt gefallen lassen muss. Dabei kommt es leicht zu Entstellungen wie zur unsinnigen Behauptung, der Jihad sei Afghanen erst von aussen aufgezwungen worden. Oder es wird Positives übersehen. Im Vorwort zu Gerbers Buch nennt es der deutsche Botschafter Hans-Joachim Vergau, der ehemals in Kabul am jungen Rechtsstaat mitgewirkt hat, daher eine Gefahr, angesichts der amerikanischen Fehler den unentbehrlichen und weitgehend konstruktiven Beitrag der USA zu unterschätzen.

Basis für Modernisierung

Dass Amerikas Politik zur Radikalisierung in den Reihen der Islamisten führt, ist logisch. Aber daraus schlüssig die zu starke Rolle des Islam und den massiven Islam-Bezug in der Verfassung abzuleiten, gelang Gerlinde Gerber nicht. Dazu fehlt der historische Abstand. Wie die in dem Buch abgedruckte, aus ihren Vorgängerinnen heraus erklärte Verfassung zeigt, mag das ein Problem werden. Aber es ist nicht unlösbar und richtet sich nach dem Verhältnis der Kräfte. Die Autorin schreibt selber, dass Präsident Karzai Opponenten entgegenkommen musste. Doch im Resultat hat eines der rückständigsten Länder eines der modernsten Grundgesetze mit Gewaltenteilung, Menschen- und Bürgerrechten sowie Rechenschaftspflicht der Regierenden neben islamischer Einheit von Macht und Religion. Es verbrieft die Gleichbehandlung der Ethnien sowie von Mann und Frau im Staat am Hindukusch.

Gerber folgert, diese Verfassung lege die Fundamente für Demokratie, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Zugleich aber berge sie Prinzipien und Regelungen, die dies begrenzen könnten. Die Autorin hat recht, der Kampf um das Leben mit der Verfassung fing erst an. Er hängt in hohem Masse davon ab, wie fähig die inneren Kräfte sind und welche auswärtige Hilfe sie finden. Dieser Wiederaufbau ist nun immerhin eine konstitutionell geregelte Suche mit neuen Folgen nicht nur für die Islamische Republik. Klappt es da, wird vieles möglich. Gerlinde Gerber hat mit ihrem politisch-historischen Werk eine solide Basis für vertiefende Studien zur Entwicklung in Afghanistan gelegt und manche weisse Flecken getilgt.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

Gerlinde Gerber: Die neue Verfassung Afghanistans. Verfassungstradition und politischer Prozess. Verlag Hans Schiler, Berlin 2007. 196 S. 43.80 Franken. 25.- Euro, ISBN 3899301412